

P7 21580
B

SCHWEIZERISCHE LANDESBIBLIOTHEK
BIBLIOTHÈQUE NATIONALE SUISSE
BIBLIOTECA NAZIONALE SVIZZERA
BIBLIOTECA NAZIUNALA SVIZRA

| | | |
|--|---|--|
| Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail r.schlaepfer@fdp.ch Internet www.fdp.ch | Inserate Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 923 76 56 Fax 01 923 76 57 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch | Layout/Druck NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch |
|--|---|--|

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

23. Jahrgang. Erscheint monatlich

AZB
3001 Bern

Franz Georg Meier
Dir. Schweiz, Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15
3003 Bern
002

Inhalt

EU-Initiative

Grossaufmarsch der Freisinnigen in Olten.

4+5

DV in Olten

Fairer Schlagabtausch über das Tempo in Richtung EU.

6

Serbien-Besuch

FDP-Politiker bei Präsident Kostunica.

11+12

Neutralitätserklärung

Uno – Frühzeitige Diskussion ist nötig!

13

Voranzeige

In der März-Ausgabe des «Freisinn» sind spezielle Sonderseiten zum Thema

Mit der FDP-Fraktion den Frühling im Tessin erleben.

Beitrag zur Geschlossenheit

Immer mehr kantonale «Freisinn»-Kopfblätter

Während der letzten Monate des vergangenen Jahres ging das Generalsekretariat der FDP Schweiz daran, dem «Freisinn» ein neues Gesicht zu geben. Die Gestalter von NZZPrint setzten die gemeinsam erarbeiteten Ideen um und entwarfen einen modernen «Freisinn», ohne dass dadurch der Zeitungscharakter verloren ging.

Die ersten Entwürfe lagen im September 2000 auf dem Tisch und wurden von einem kleinen Ausschuss begutachtet. Der Entscheid fiel nicht schwer, zumal sich der Gestalter an das CD-Manual der FDP gehalten hat und sich der Grundschrift Franklin Gothic Book bediente. Als Titelschriften werden Franklin Gothic Heavy und Franklin Gothic kursiv verwendet.

Weitere Kopfblätter

Die Null-Nummer aus dem Hause NZZ Print kam bei den Parteiverantwortlichen der deutschen Schweiz sehr gut an. Einige

Fortsetzung auf Seite 2



Karikatur: Andreas Töns

Fortsetzung von Seite 1

Kantonalparteien, welche heute noch kein eigenes «Freisinn»-Kopfblatt herausgeben, sind daran, eine Redaktion für die Kantonalseiten auf die Beine zu stellen. Diese kantonale

Parteizeitung trägt jeweils den Kantonsnamen und eröffnet die Möglichkeit, eine bis sieben Seiten mit kantonalen Mitteilungen und Artikeln zu belegen. Die steigenden Portokosten bei der Post sind mitbestimmend, dass sich

verschiedene Kantonalparteien für ein eigenes Publikationsorgan entscheiden.

Noch mehr «Freisinn»

Den Neuauftritt des «Freisinn» nutzten einige Kantonalparteien und änderten auf Ende des letzten

Jahrhunderts ihren Parteinamen. So heissen die liberalen Luzerner, Schwyzer und Nidwaldner Parteikolleginnen und -kollegen jetzt auch Freisinnige. Zudem verwenden alle – mit Ausnahme der Solothurner – die Parteifarben Rot und

Blau. Nach den Grossratswahlen vom 4. März wird auch die Solothurner Kantonalpartei ihr bisheriges Gelb aus dem Logo streichen und auf die Farben der FDP Schweiz einschwenken.

Mutige St. Galler

Recht optimistisch gehen die St. Galler diesen Neuauftritt an, gedenken sie doch mit der Kiosk AG zu vereinbaren, den «St. Galler Freisinn» an grösseren Kiosken dem Publikum anzubieten. Aus dem Thurgau ist zu vernehmen, dass diese Kantonalpartei den Neuauftritt des «Freisinn» mit einer Pressekonzferenz eröffnet und den «Thurgauer Freisinn» auch Nichtmitgliedern im Abonnement anbietet. Diese beiden Varianten dürften – vorab bei den Inserenten auf den Kantonalseiten – auf starkes Interesse stossen.

Farbiger Auftritt

Dass bei diesem Neuauftritt die Möglichkeit geboten ist, die Titelseite mit einem vierfarbigen Bild zu gestalten und auch Inserate mehrfarbig erscheinen zu lassen, stösst auf grosses Interesse. So fasst Jacqueline Mitchel von der Inserateagentur Kretz AG diese Situation wie folgt zusammen: «Allein auf Grund der Nullnummer zeigen sich zusätzliche Akquisitionserfolge ab. Ich bin zuversichtlich. Insbesondere dann, wenn noch mehr Kantonalparteien dazu stossen. Die Möglichkeit, vierfarbige Inserate in den «Freisinn» aufzunehmen, kommt bei den Werbeagenturen und Inserenten sehr gut an.»

Anzeige

Denner-Initiative schafft Heilmittelkontrolle ab

und öffnet Grenzen für 36 000 Medikamente ohne Kontrolle.

Die Denner-Medizin-Initiative führt für Patientinnen und Patienten zu einem medizinischen Rückschritt. Die Initiative zwingt dazu, immer das Billigst-Produkt abzugeben, da nur noch dieses von den Krankenkassen vergütet wird. Damit wird in der Schweiz die Zweiklassen-Medizin eingeführt, denn nur Wohlhabende können sich das wirksamste Medikament leisten. Bei allen anderen Patienten würden nicht mehr Sicherheit und Wirksamkeit über die Behandlung entscheiden. Die Initiative schafft nicht nur die ärztliche Therapiefreiheit ab, sondern zerstört auch die Schweizer Heilmittelkontrolle. Mindestens 36'000 zusätzliche Produkte aus dem Ausland könnten ohne eigene Kontrolle in der Schweiz verkauft werden.



Mitarbeiterinnen des Generalsekretariates

Who's who?

Petra Studer

Geburtsdatum:

19. Januar 1975

Bürgerort:

Laufen BL

Wohnort:

Bern

Zivilstand:

ledig

Konfession:

Christkatholisch

Hobbys:

Musik (Klavier/Gesang),
Kultur, Reisen

Ausbildung:

- Primar- und Sekundarschule in Laufen
- Gymnasium in Laufen
- 2 Jahre Uni in Genf
- 2 Jahre Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales in Genf
- Lizentiat in «Internationale Beziehungen»

Bisherige Tätigkeit:

- Wissenschaftlicher Stage im Staatssekretariat für Wirtschaft (seco); Direktion für Arbeit

Meine Aufgabe im GS (seit 1. Dezember 2000):

Politische Sekretärin für die Bereiche:
Aussenpolitik; FDP Schweiz International; Liberal International/ European Liberal, Democrat and Reform Party; Sozial- und Gesellschaftspolitik; Gesundheits- und Drogenpolitik

Politik:

Mitglied der FDP-Ortspartei Laufen BL



Doris Wobmann

Geburtsdatum:

9. März 1963

Bürgerort:

Emmen LU und
Schwarzenberg LU

Wohnort:

Kaufdorf BE

Zivilstand:

ledig

Militär:

Obit Trsp Trp, Richterin
Divisionsgericht

Hobbys:

Musik, Literatur

Ausbildung:

- Primarschule Hochdorf LU
- Kantonsschule Reussbühl LU
- Uni in Freiburg und Zürich
- lic. iur. Uni Zürich, Rechtsanwältin

Bisherige Tätigkeit:

- Selbständige Rechtsanwältin
- Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Verwaltung des Kantons Luzern

Meine Aufgabe im GS (seit 2. August 2000):

Politische Sekretärin für die Bereiche:
Finanz- und Steuerpolitik; Konsumentenpolitik;
Gleichstellung; Frauen; Bodenrecht und Raumplanung;
Staatspolitik; Rechtsfragen

Politik:

- Grossrätin Luzern 1995–1999



Grossaufmarsch in Olten

Intensive Diskussion vor dem Nein zur EU-Initiative

Die Delegiertenversammlung vom 13. Januar 2001 in Olten verlief nicht nach dem üblichen Strickmuster. Zum einen kamen die Delegierten in ungewohnt hoher Zahl aus allen Landesteilen nach Olten. Zum andern wurde die Diskussion um die EU-Initiative genutzt wie schon lange nicht mehr.

Aus der Rede
von Franz Steinegger

Das Positionspapier zum Thema «Gesundheitspolitik» wurde gutgeheissen, und die Verabschiedung vom ehemaligen Generalsekretär, Johannes Matyassy, dokumentierte die Geschlossenheit der Partei.

Zu Beginn seiner Ansprache liess Parteipräsident Franz Steinegger die Frage offen, ob er einen Rückblick oder einen Ausblick an die Delegierten richten wolle, hielt er doch fest: «Das Neujahr ist ähnlich einer Theater- oder Kinopause. Wenn wir uns jetzt politisch und parteipolitisch in diese Pausensituation versetzen, dann könnten wir wohl sagen, dass in den 90er Jahren der erste und zweite Akt sehr schwierig waren, dass wir am Ende der 90er Jahre und im letzten Jahr im dritten Akt viele Probleme gemeistert haben und jetzt nach der Pause vertrauensvoll auf einen erfolgreichen weiteren Verlauf des Spiels vertrauen dürfen.»

Im Wissen, dass es sich bei dieser Ansprache um eine der letzten Präsidialreden Franz Steineggers handelt, möchten wir ei-

nige Passagen für die «Freisinn»-Leser festhalten: Vielleicht erinnern Sie sich noch: Wir haben die 90er Jahre mit einigen

Problemen beladen gestartet. Zu Beginn wurde eine kurze Schwäche einer Bundesrätin von unserer politischen Konkurrenz

radikal ausgenutzt. Wir waren etwas verunsichert. Zwei parlamentarische Untersuchungskommissionen förderten Bekanntes zutage.

Chancen und Risiken

Gleichzeitig begann die wirtschaftliche Globalisierung den Siegeszug. Diese rasante technisch-wirtschaftliche Entwicklung hat Chancen, aber auch Risiken gebracht. Verschiedene Gruppierungen sind gegen diesen Modernisierungsprozess zu Felde gezogen und haben den Unwillen gegen das System, die *Classe politique* oder andere Gruppen gefördert.

Rezession

In der Schweiz mussten wir sodann die längste wirtschaftliche Rezessionsphase unserer jüngeren Geschichte erleben. Der Staat hatte den Anteil am Sozialprodukt kontinuierlich ausgeweitet. Dazu hatte die Politik einen Erwartungsdruck in Bezug auf die Problemlösungsfähigkeit aufgebaut. Die Rezession hat dann gezeigt, dass die Problemlösungsfähigkeit nicht allumfassend ist, sogar sinkend ist. Dies hat zu Enttäuschungen und Frustrationen geführt.

Wachstum

Der Abschied aus der Stagnation und die Rückkehr auf den Pfad des Wirtschaftswachstums waren für viele überraschend. Es ist das Ergebnis von An-



Wer tritt aus diesem Schatten heraus?

passungsmassnahmen der Wirtschaft, einer zweckmässigen Geldpolitik und von verbesserten politischen Rahmenbedingungen.

2000 insbesondere war ein gutes Jahr, sowohl politisch als auch ökonomisch. Die Wirtschaft ist in einem Rekordtempo gewachsen, die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem tiefsten Stand seit neun Jahren, und zwar bei weitgehend stabilen Preisen. Die Annahme der bilateralen Verträge und die Ablehnung der 18%-Initiative haben zu einer weiteren Bestätigung der günstigen politischen Rahmenbedingungen geführt.

Nein zu Konservatismus

Die Rahmenbedingungen mussten gegen den linken und rechten Strukturkonservatismus hart erkämpft werden. Der rechtspopulistische Protest war nur eine geringe Hilfe. Man wusste selten, wofür dieser Protest eintrat, sondern allein wogegen er stand und steht. Fast alles, was der Eidgenossenschaft so gut bekommen ist, musste meist gegen die Linke, teilweise auch gegen den Rechtspopulismus durchgesetzt werden.

Der politische Preis

Nachdem wir bei den Weichenstellungen für dieses günstige Ergebnis einen politischen Preis gegenüber dem sozialkonservativen Traditionalismus der Linken und gegenüber dem Rechtspopulismus bezahlt haben, haben wir allen Grund, von diesen Erfolgen zu reden. Dies ist wichtig, weil es weitere strukturelle Reformen braucht.

Wechselnde Partnerschaften

Insgesamt ist es uns mit verschiedenen Partnern und mit der Mehrheit des Volkes gelungen, eine sozial gemässigte Modernisierung mit gleichzeitiger Rückführung staatlicher Interventionen in Gang zu setzen. Diese Politik ist fortzusetzen, muss fortgesetzt werden, weil die globalen Veränderungen nicht beendet sind. Die Welt dreht und ändert sich immer noch.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass institutionelle Zwänge für die Konkordanz bestehen. In dem Sinne, dass die massgebenden politischen Kräfte in der Exekutive eingebunden sein sollen, sofern gewisse Mindestanforderungen erfüllt werden.

Mitwirkung in der Regierung bedeutet für uns Erarbeitung unserer eigenen Positionen. Wenn diese nicht zum Vorneherein mehrheitsfähig sind, suchen wir Partner, deren Positionen den unseren am nächsten sind, um so unsere eigenen Überlegungen bestmöglichst durchzusetzen.

Sozialökonomischer Wandel

Jahrzehntelang ist die Linke als offensive, nach Neuerung strebende Kraft gehandelt worden. Heute will aber die Linke an vorhandenen Strukturen und Einrichtungen – etwa des Wohlfahrtsstaates – festhalten. Auch der Umweltschutz ist eher ein konservatives Unterfangen. Wir sind aber der Meinung, dass ein sozialökonomischer Wandel notwendig ist und dass mit den Protagonisten des Status quo

und des Weiter so die Probleme nicht gelöst werden können. Der Slogan «Vorwärts in die Vergangenheit» ist kein Fortschritt.

Gesicherte Beziehungen

Wir sind der Meinung, dass die Internationalisierung der Wirtschaft weiter voranschreiten wird. Dies heisst für die Exportnation Schweiz Öffnung und heisst vertraglich gesicherte Aussenhandelsbeziehungen. Aus diesem Grund haben wir uns für die bilateralen Verträge eingesetzt. Eine deutliche Mehrheit unserer Parteimitglieder sowie der Wähler und Wählerinnen hat am 21. Mai 2000 Ja gestimmt.

Janus-Gesicht

Der beschleunigte Wandel in der Globalisierung hat ein Janus-Gesicht. Auf der einen Seite eröffnen sich Chancen für eine selbstbestimmte Lebensführung. Auf der anderen Seite bewirkt die Modernisierung neue, unkalkulierbare Risiken, die zu Orientierungsproblemen des Einzelnen führen und damit zur sozialen Desintegration. Wir nehmen diese Probleme ernst. So wie wir Ängste vor Überfremdung usw. ernst nehmen. Wir sind aber nicht bereit, eine Sündenbockstrategie zu fahren und in einen fremdenfeindlichen Populismus zu verfallen. Ein derartiger Wohlfahrtschauvinismus wäre für die Zukunft unseres Landes gefährlich. ■

Unterstreichen bisheriger Positionen

- Wir werden den Modernisierungskurs auf liberaler und marktwirtschaftlicher Grundlage fortsetzen und dabei eine neue Überforderung des Staates vermeiden. Dies ist kein Götzendienst vor der Globalisierung, sondern schlichte Notwendigkeit. Entsprechend unserem Slogan müssen aber Veränderungen im Verbund mit Sicherheit und Identitätsstiftung stehen. Dazu braucht es eine Konsensbasis.
- Wir sind eben keine Stillstandspartei. Internationalisierung und weltweiter Wettbewerb können durch offenen oder verdeckten Protektionismus nicht rückgängig gemacht werden.
- Veränderungen müssen aber konkretisiert werden. Blosser Ablehnung des Bestehenden genügt nicht.
- Wir dürfen uns weder vom Wohlfahrtschauvinismus des Rechtspopulismus in der Deutschschweiz noch vom Sozialpopulismus der Linken in der Westschweiz verführen lassen.
- Wir werden uns weiterhin auch unbequemen Themen stellen und auf Missstände reagieren. Political Correctness macht aus Asylpolitik, Ausländerpolitik und Kriminalität keine Tabuthemen. Hingegen werden wir weiterhin die aus der Herrschaftspraxis totalitärer Regimes entlehnten agitatorischen Stilmittel blossstellen. Hier und bei der Sündenbockstrategie gegenüber Europa und Ausländern setzen wir auf eine Abgrenzungsstrategie.
- Das Demographieproblem zeigt, dass die Wahrheit oft sehr einfach ist. Es braucht aber Mut, davon zu reden. Wer aber Wahlen gewinnen will, muss neue Interessen und veränderte Wertvorstellungen der Wähler aufnehmen und gelegentlich auch zu steuern versuchen.

In diesem Sinne müssen wir neue Herausforderungen annehmen, ohne aber jede Forderung politisch salonfähig zu machen.

Nein-Argumente entschieden

Briner und Christen im fairen Schlagabtausch

Der Idealismus der Initianten ist beneidenswert. Ich habe sie in der Ausenpolitischen Kommission erlebt. Ich wünschte mir, dieser Einsatz, diese Motivation liesse sich auch auf andere Bereiche bei der Entwicklung unseres Staatswesens übertragen. Ihr mit viel Eifer vertretenes Anliegen kann jedoch kontraproduktive Wirkung zeitigen.

Von Ständerat Peter Briner

Mit einem Nein zu dieser Initiative sagen wir nicht Nein zur EU und schon gar nicht zu Europa, was ja durchaus nicht das Gleiche ist, weder grundsätzlich noch auf alle

Zeiten. Wir sagen Nein zu einem fragwürdigen Weg, zu einer falschen Kompetenzzuordnung und zum Zeitpunkt «ohne Verzug». Ein Nein ist eine Absage an formale, zeitliche und politische Stolpersteine dieser Initiative. Ein Wort noch zu den allenfalls befürchteten negativen Auswirkungen im Falle eines Volk-Neins: Die Tendenz zu glauben, die andern seien darauf angewiesen, dass wir ihnen sagen, was sie über uns zu denken hätten, ist wohl eine weitere bemerkenswerte Facette in diesem Zusammenhang. In europäischen Wirtschaftskreisen und bei der informierten Bevölkerung wird man auf Verständnis stossen. Auch ist unserer Diplomatie zuzu-



Ständerat Peter Briner sah der Parolenfassung gelassen entgegen.

Bild: rus

trauen, dass sie es verstehen wird, in den europäischen Hauptstädten zu erklären, wie in der Schweiz der direktdemokratische Meinungsbildungsprozess zustande gekommen ist und wie die Entscheidungs-

mechanismen bei uns ablaufen. Dies kann eine eventuelle spätere Verhandlungsposition zu gegebener Zeit eher stärken. Mit anderen Worten: Mit einem Nein präjudizieren wir keine späteren Integrati-

onsschritte, im Gegenteil. Falls wir unsere Hausaufgaben machen und die Fakten dafür sprechen, ist es denkbar, dass wir das anvisierte Ziel der Initianten in Kenntnis der Dinge eher erreichen, als wenn wir den Karren vor den Ochsen spannen. Prüfsteine für eine offene und solidarische Schweiz liegen kurz vor uns. Ich denke an die friedenserhaltenden Auslandseinsätze von Teilen unserer Armee, Abstimmung in diesem Sommer, und an die Abstimmung zum Uno-Beitritt noch im Laufe dieser Legislatur. – Nicht nur die Kandersteger Bergführer haben mit ihrem Schritt-für-Schritt-Vorgehen gute Erfahrungen gemacht. Auch unser Land ist damit gut gefahren und hat sich über alles gesehen zu einer Erfolgsstory entwickelt. Mit unserem Nein zur Initiative tragen wir dem Rechnung.

Der Waadtländer Nationalrat versuchte zu überzeugen, dass wir Freisinnigen uns nicht verleugnen müssen, auch wenn wir in der Kampagne zu den bilateralen Verträgen ein Versprechen abgelegt haben. Damals sicherte man zu, dass ein Ja zu den Verträgen keinen sofortigen EU-Beitritt verlange.

Von FDP-Nationalrat Yves Christen

Wenn sich die Schweizerinnen und Schweizer ziemlich rasch an die Globalisierung der Wirtschaft gewöhnt haben, gehen sie immer noch sehr vorsichtig und widerstrebend an politische Ver-

änderungen heran. Die politische Elite, wozu auch die Freisinnigen gehören, verhält sich nicht anders. Ehrlich gesagt hätte die Parteileitung gerne darauf verzichtet, eine Beitrittsdebatte so rasch nach dem Volksentscheid über die bilateralen Verhandlungen zu eröffnen. Auch wenn es nur darum geht, über die Aufnahme von Verhandlungen zu entscheiden, fühlen sich die Freisinnigen nicht wohl, denn die Mehrheit von ihnen möchte sich für das Ziel des Beitritts aussprechen, ohne einen Termin festzulegen. Und dies nicht «ohne Verzug», wie es die Initiative will. Es geht also für uns einmal mehr um eine Gewissensfrage. Die Freisinnigen wollen ihre



Weit gespannter warteten die beiden Nationalräte Luzi Stamm (für einmal links) und Marc Suter auf das Resultat.

Bild: rus

Wählerschaft nicht hintergehen, denn sie haben ihr in der Kampagne zu den bilateralen Verträgen versprochen, nicht sofort auf den Beitritt zurückzukommen. Ich versuche aufzu-

zeigen, dass die Freisinnigen sich nicht verleugnen müssen und trotzdem nicht befürchten müssen, ihre Wählerschaft mit einem Ja zur Initiative vor den Kopf zu stossen.

Inhalt der Initiative und Vorgehen

Ungefähr zwei Jahre nach dem EWR-Nein vom 7. Dezember 1992 reichten die proeuropäischen Bewegungen eine Initiative ein, die verlangte, dass mit den Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung:

1. die Schweiz sich am europäischen Integrationsprozess beteiligt und zu diesem Zweck den Beitritt zur EU anstrebt;
2. der Bund ohne Verzug Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnimmt;
3. der EU-Beitritt Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet wird.

europäisch denken

vernünftig handeln

NEIN
EU-Initiative

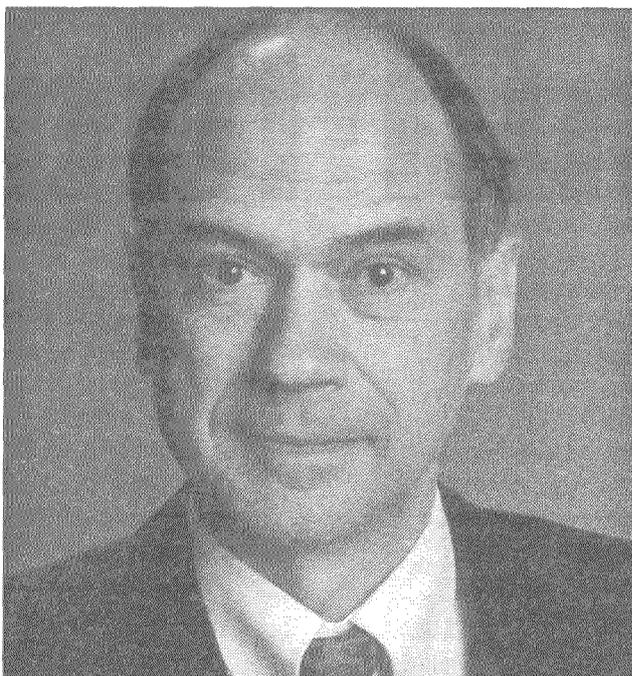
4. März 2001

www.komitee-der-vernunft.ch

Den Schwung nicht abwürgen

Kontinuität in der Wirtschaftspolitik

Kaum richtig erholt von der längsten und hartnäckigsten Rezession in der Nachkriegszeit, wird für 2001 ein spürbar verlangsames Wirtschaftswachstum vorausgesehen. Der Höhepunkt der Weltkonjunktur dürfte letztes Jahr überschritten worden sein. Die phänomenale Wirtschaftsdynamik der letzten Jahre in den USA ist ins Stottern geraten. Dies und andere Faktoren werden auch in der Schweiz und in Europa Spuren hinterlassen.



Peter Briner

Von FDP-Ständerat
Peter Briner,
Schaffhausen

Dabei braucht man nicht auf Pessimismus zu machen. Das stabilitätspolitische Netzwerk ist besser ausgebaut als in den siebziger und achtziger Jahren, die Abhängigkeiten, z. B. von Erdöl, sind geringer, und unsere Schweizer Ex-

porte sind dank schlanker Produktion und hoher Flexibilität wettbewerbsfähig, vorausgesetzt, dass es an der Währungsfront zu keinen Überraschungen kommt. Weitere positive Impulse dürften vom privaten Konsum und von den Investitionen zu erwarten sein.

Unter der Annahme, dass die US-Konjunktur ein «soft landing» erreicht, dürfte sich bei uns demnach das Rad, auch wenn es etwas an Fahrt verlieren sollte, weiter drehen. Kein Abschwung also – eher eine Normalisierung.

Und immer wieder die Rahmenbedingungen

Auch hat unser Land während der Rezessionsjahre viele seiner Hausaufgaben gemacht. Einengende Regulierungen wurden abgebaut, Staatsbe-

triebe stellen sich dem Wettbewerb, die Bundesfinanzen sind im Gleichgewicht. Dieser Reformwille darf jetzt nicht verpuffen, nur weil vielleicht gegenwärtig der wirtschaftliche Druck nicht so augenfällig ist! Der Standortwettbewerb geht nämlich weiter. Unsere Rahmenbedingungen sind der Konkurrenz ausgesetzt.

Was ist zu tun?

Mit einer konsequenten Finanzpolitik muss es gelingen, die Staatsquote zu reduzieren. Eine strikte Ausgabendisziplin – in guten Zeiten besonders schwierig! – ist dazu Voraussetzung. Ebenso sind die Steuern zu senken – konkrete Vorschläge liegen vor –, nicht einfach weil dies «populär» wäre. Die schweizerische Fiskalquote hat sich im interna-

tionalen Quervergleich in den letzten Jahren entscheidend verschlechtert. Nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung setzen – und dies kann nachgewiesen werden – eine tiefe und damit kompetitive Steuerbelastung voraus. Unser Bruttoinlandsprodukt muss wieder stärker ansteigen als die Staatsausgaben. Einer solchen Phase der Konsolidierung muss der Schuldenabbau folgen. Dazu gehört auch die Sicherstellung eines auf Geldwertstabilität ausgerichteten Kurses unserer Geldpolitik. Unser Ausbildungssystem hat im grossen Ganzen gute Noten verdient. Dennoch liegen auch hier noch Potenziale offen. Die Anforderungen wachsen schneller als unsere Ausbildungsangebote und -inhalte. Das neue Berufsbildungsgesetz kann hier dazu beitragen, Abhilfe zu schaffen. Wir haben nämlich mehr qualifizierte Arbeitsplätze zu vergeben, als dass wir qualifizierte Arbeitskräfte haben. Ein Schwerpunkt muss auch die Förderung der Grundlagenforschung sein. Wir überleben langfristig nur dank überlegenen Technologien und deren Anwendungen. Zu den wichtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gehört die Sicherung unserer Sozialwerke. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung muss die finanzielle Konsolidierung das Hauptziel sein. Wir wollen hier Sicherheit, stabile Verhält-

nisse und keine Experimente! Schliesslich sind eine klare neue Zuordnung von Aufgaben und Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen, die Entflechtung auch der unübersichtlichen Finanzströme und der dazu gehörende Ressourcenausgleich (Projekt Neuer Finanzausgleich NFA) zu unterstützen. Dies belebt unsern Föderalismus, führt zu kürzeren Entscheidungswegen und mehr Bürgernähe und ist deshalb in unser aller Interesse. Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht. Einiges davon steckt noch im Konzeptionellen. Bleiben wir nicht auf halbem Weg stehen und führen wir unsere Reformprojekte weiter, damit unsere Volkswirtschaft weiterhin in Schwung bleibt!

Anzeige

Firmen-

Reisen

und Tagesausflüge
mit kulturellen
Rosinen

KULTURREISEN

Sutz b. Biel, 032-397 53 30
www.kulturreisen-geiser.ch

Impressum

Schweizer Freisinn

23. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer
beglaubigten Auflage von
70 800 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische
Partei der Schweiz
Redaktion: Ruedi Schläpfer
(rus). Für die Kantonsseiten
die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail r.schlaepfer@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

Kretz AG
Verlag und Annoncen
General Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 01 923 76 56
Fax 01 923 76 57
E-Mail
fdp.annoncen@kretzag.ch
Internet www.kretzag.ch

Layout/Druck

NZZ PRINT
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch



Alex Bänninger,
Publizist, Präsident des
Freisinnigen Presse-
verbandes der Schweiz,
Zürich

Mit der Ölversorgung hapert es

Es gehört zu den Grundaufgaben wacher Medien, auch über lästige Sachverhalte zu berichten. Ob es die Verantwortlichen des Unangenehmen stört oder nicht, spielt keine Rolle. Das öffentliche Interesse hat Vorrang.

So denkbar einfach diese demokratische Regel ist, so unendlich schwierig scheint ihre Befolgung zu sein. Jedenfalls erleben wir alle paar Wochen, wie sehr sich mal die Politik, mal der Sport, dann wieder die Kultur oder die Wirtschaft winden und wenden, wenn es darauf ankäme, mit der Wahrheit herauszurücken.

Nehmen wir das Beispiel der Uran-Munition. Sie ist im Kosovo-Konflikt eingesetzt worden. Auch Schweizer Soldaten könnten gesundheitlich betroffen sein. Das Problem besitzt eine ernsthafte Dimension.

Die Medien weisen auf die Gefahren hin. Die Armee informiert in einer ersten Phase verharmlosend. Dann rückt sie scheinbar mit der Wahrheit heraus. Schliesslich erfahren wir in einer dritten Phase, dass Uran-Munition auch in der Schweiz getestet worden ist. Vor der vierten, sich dramatisierenden Phase warnt der neue Chef VBS vor einer Hysterie.

Das heisst: Die Öffentlichkeit soll die Medienmeldungen unbesorgt tiefer hängen und mit lammfrommer Zuversicht abwarten, bis die Armee ihre Untersuchungen abgeschlossen, eventuell ein Massnahmenpaket verabschiedet und sich vielleicht dazu durchgerungen hat, doch noch vollständig und wahr zu informieren.

Nur ruhig Blut bewahren! Nur keine Hysterie! Wer vor ihr warnt, vergisst, wie sie entsteht: durch Geheim-

niskrämerei, Salamitaktik und Beschwörungsformeln.

Die Hysterie geht nicht vom Volk aus. Die Hysterie nimmt ihren Anfang mit einer Informationspolitik, die diesen Namen nicht verdient. Vom Kopf her beginnt der Fisch zu stinken. Je fauler die Dinge im Staate Dänemark sind, desto intensiver betreiben die Medien ihre Recherchen. Denn die halbe Wahrheit ist immer auch die halbe Lüge. Die Verunsicherung wächst. Und das Vertrauen sinkt. Die Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen schmilzt wie der Schnee an der Märzsonne.

Für diese staatspolitisch fatale Spiralwirkung ist die Uran-Munition lediglich ein Beispiel. Über kurz oder lang folgt das nächste Exempel. Das Funktionieren der Demokratie wird dauernd nachhaltig ge-

stört. Solche Belastungen müssten nicht sein.

Der Mut zur Offenheit, die Begeisterung für die Ehrlichkeit, der Glaube an die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger sind das Öl der Demokratie. Davon braucht es gerade in heiklen Lagen eine besondere Menge in besonderer Qualität. Es gilt für Behörden, Verbände und Unternehmen.

Die Ölstandsanzeiger sind unübersehbar vorhanden. Etwa mit der Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen. Mit der Bereitschaft, sich im helvetischen Milizsystem zu engagieren. Oder mit dem Verhalten der Konsumentinnen und Konsumenten. Dass es da und dort mit der demokratischen Ölversorgung hapert, wird niemand bestreiten wollen. Aber wir werden deswegen ja nicht gleich hysterisch. ■

25 Jahre Kontaktpflege

Er macht nicht durch kommunale, kantonale oder nationale Wahlmandate politische Karriere. Er macht sie auf dem internationalen Parkett und namentlich im deutschsprachigen Raum.

Rolf Lüscher, der Zürcher mit Wohnsitz in der Thurgauer Kantonshauptstadt, kann auf zahlreiche Kontakte zurückblicken. Jetzt nach 25-jährigem Engagement will er etwas kürzer treten. Der Aufbau neuer

und die Pflege bestehender Kontakte ist seine Stärke, persönlich wie beruflich. Er ist der geborene Kommunikator, Brückenbauer zwischen Menschen, zwischen Funktions- und Entscheidungsträgern. Ein Talent, das er schon längst zur Profession entwickelt hat.

Dem liberalen, dem freisinnigen Gedankengut hat sich Rolf Lüscher schon in jungen Jahren verschrieben. Auf Anregung des damaligen FDP-Kantonalpräsidenten Arthur Haffter

wurde 1975 die jungliberale Bewegung im Thurgau gegründet. Einer der drei Gründerväter war Rolf Lüscher. Hier und vor allem bei den Jungliberalen der Schweiz schuf Rolf Lüscher jenes internationale Beziehungsnetz, welches ihm in den späteren Jahren verhalf, Türen zu öffnen und Verbindungen zu knüpfen.

Seither hat Rolf Lüscher unter anderem an über 30 Bundes- und Landesparteitagen der FDP Deutschland teilgenommen. Dabei ver-

stand er es immer wieder, im Ausland das Verständnis für die schweizerische Form der Meinungsbildung zu Europa und EU-Mitgliedschaft zu fördern. Viele politische Grössen hat Rolf

Lüscher während dieser Zeit kennen gelernt. Seit 20 Jahren präsidiert er die Arbeitsgruppe Tourismus der FDP Thurgau. Das tut er auch weiterhin. ■



Rolf Lüscher überreicht dem damaligen deutschen Aussenminister Klaus Kinkel eine FDP-Krawatte.

Bild: Kä

Die Schweiz und die jüdischen Flüchtlinge

Im Th.-Gut-Verlag ist eine unabhängige Studie von Heinz Albers-Schönberg erschienen. Ausgangspunkt dieses Werkes ist die Judenverfolgung. Die «Flüchtlingspolitik der Schweiz» wird anschliessend in den drei Teilen «Die Fakten», «Die vier Ursachen» und «Unmögliche und notwendige Relativierungen» behandelt. Die Schlussfolgerungen befassen sich mit dem Bergier-Bericht, und im Anhang wird die Frage erörtert: Was ist, woher kommt der moderne Antisemitismus?

Im Zentrum der Debatte über das Verhalten der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges steht die Flüchtlingspolitik. Der Autor stellt die wesentlichen Fakten der schweizerischen Aufnahmepolitik gegenüber jüdischen Flüchtlingen übersichtlich zusammen und versucht das Verhalten und die Entscheide der Behörden zu erklären und zu werten. Der Verfasser ist der Auffassung, dass die Politik der Schweiz nur gedeutet werden kann, wenn die internationale Flüchtlingspoli-

itik und das politisch-militärische Umfeld der Schweiz in der Beurteilung mit einbezogen werden; er stellt die schweizerische Flüchtlingspolitik deshalb in den Rahmen einer Skizze der seit 1933 und im Verlauf des Zweiten Weltkrieges sich wandelnden politischen und militärischen Situation unseres Landes. Die schweizerische Flüchtlingspolitik hat gravierende Fehler gemacht, diese werden anerkannt und nicht beschönigt, andererseits ist die Aufnahme von etwa 30 000 jüdischen Flüchtlingen eine positive Leistung: Es ist nicht alles weiss, aber auch nicht alles schwarz. Der Verfasser hat die Meinung, dass der Flüchtlingsbericht der Kommission Bergier ergänzt und überarbeitet werden sollte.

Der Autor

Heinz Albers-Schönfeld wurde 1926 in Berlin geboren. Sein Vater stammte aus Hamburg, seine Mutter ist Schweizerin. Die Schulen – bis zum Gymnasium – besuchte er in Ber-

lin. Die Zeit des Zweiten Weltkrieges hat er sehr bewusst miterlebt; gegen Ende des Krieges musste er als 18-Jähriger zur deutschen Wehrmacht einrücken. 1946 kam Albers in die Schweiz; er studierte

an der ETH Zürich Physik und erwarb an dieser Schule das Diplom und den Dokortitel. Der Autor erwarb 1955 das Bürgerrecht der Gemeinde Meilen, er ist mit einer Zürcherin verheiratet. ■

«Die Schweiz und die jüdischen Flüchtlinge 1933–1945» ist im Th.-Gut-Verlag, Seestrasse 86, 8712 Stäfa, zum Preis von Fr. 29.– (plus Versandkosten) erhältlich.

Anzeige

Wir wollen eigentlich schon. Vielleicht aber etwas später. Und überhaupt ja nur vielleicht. Also nein, schon, aber äh, es ist schwierig.

Klarheit schaffen
jetzt handeln

Heinz Albers-Schönberg

DIE SCHWEIZ UND DIE JÜDISCHEN FLÜCHTLINGE 1933–1945

Eine unabhängige Studie

Th. Gut Verlag

Ich stehe zu Europa!

- trete dem nationalen Komitee «Ja zu Europa!» bei.
- Ich unterstütze die Kampagne mit einem Betrag von Fr. _____
- Ich bin mit der Publikation meines Namens einverstanden

Bitte einsenden an:
Komitee «Ja zu Europa!», Postfach 32,
3000 Bern 26, Fax 031/302 56 82 oder
E-Mail an europa@europa.ch, PC 30-694355-9

Vorname/Name _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Tel/E-Mail _____

Von Präsident Kostunica empfangen

FDP-Parlamentariergruppe auf Informationsreise in Serbien

Höhepunkt der Informationsreise von Ständerat Peter Briner, Nationalrat Peter Kofmel und dem Schreibenden nach Serbien zwar zweifellos der Empfang bei Jugoslawiens neuem Präsidenten Vojislav Kostunica. In unserem halbstündigen Gespräch brachten wir nicht nur unsere Freude über den gewaltlos verlaufenen Machtwechsel von der Diktatur Milosevics zur Demokratie in diesem Land zum Ausdruck, sondern dankten auch für den eben durch die neue Führung getroffenen Entscheid, sich im Rahmen des Beitritts Jugoslawiens zu den Bretton-Wood-Institutionen der von der Schweiz angeführten Stimmrechtsgruppe anzuschliessen.

Von FDP-Nationalrat
Ulrich Fischer,
Seengen (AG)

Dieser Schritt dürfte dazu führen, dass unser Land in diesen Gremien weiterhin einen Exekutivdirektor stellen und damit seinen Einfluss sichern kann. Präsident Kostunica seinerseits dankte der Schweiz für die umfangreiche geleistete humanitäre Hilfe.

Belgrads Infrastruktur sanierungsbedürftig

Der Bürgermeister der Stadt Belgrad, Dr. Milan Protic, erläuterte uns die Probleme dieser Grossstadt, deren Infrastruktur vom bisherigen Regime vernachlässigt wurde und deren Situation durch die Nato-Bombardements noch verschlimmert wurde. Auf unsere Frage nach den vordringlichsten Hilfsbedürfnissen nannte Protic die Lieferung von Heizmaterial, die Erneuerung des Wasserleitungsnetzes, die Sanierung von Mülldeponien (Verbrennungsanlagen existieren nicht!) und die Bereitstel-

lung von Bussen für den öffentlichen Verkehr der Stadt. Wir haben diese Anliegen an die zuständigen Bundesstellen übermittelt.

Wahrung der staatlichen Einheit

Unser Gespräch mit Prof. Dragoljub Micunovic, dem Präsidenten des jugoslawischen Nationalrates, galt schweremwichtig der Erörterung staatspolitischer Themen, wobei die Frage einer allfälligen Verselbstständigung der Teilrepubliken Montenegro und Kosovo aufgeworfen wurde. Micunovic legte dar, dass die politischen Probleme Jugoslawiens durch die Schaffung weiterer, kaum lebensfähiger Kleinstaaten nicht gelöst werden könnten. Vielmehr gehe es darum, die Einheit des verbliebenen Restjugoslawiens zu wahren und den unterschiedlichen kulturellen Bedürfnissen der einzelnen Landesgegenden durch Gewährung von gewissen Autonomiebereichen Rechnung zu tragen.

Fortsetzung auf Seite 12



Die Nationalräte Peter Kofmel, Ulrich Fischer und Ständerat Peter Briner mit dem gastgebenden Zahnarzt Georges Jlic.



Parlamentspräsident Dragoljub Micunovic (links) empfängt die drei Schweizer. Seit seiner Zeit an der Uni Konstanz ist Micunovic Mitglied des Schachclubs Kreuzlingen.

Fortsetzung von Seite 11

Wir konnten festhalten, dass dies auch der offiziellen Haltung der Schweiz entspreche, und legten einige Aspekte unseres föderativen Staatsaufbaus dar.

Cacak – Ausgangspunkt des Marsches auf Belgrad

Von Cacak aus, einer Stadt von 80 000 Einwohnern südlich von Belgrad, erfolgte in jenen entscheidenden Oktobertagen der historische Marsch von Bürgerinnen und Bürgern mit Traktoren und Baumaschinen nach Belgrad, wobei die Konfrontation mit der Polizei Milosevics durch subtiles Vorgehen vermieden werden konnte, ja, wobei grosse Teile der Ordnungskräfte zum Überlaufen zu den demokratischen Kräften bewegt werden konnten. Der dynamische Bürgermeister Velja Jlic, welcher diesen Demonstrationzug angeführt hatte, legte uns bei unserem Besuch dar, dass sich seine Stadt trotz Zerstörung vieler Fabriken durch Nato-Bomben wirtschaftlich in einem relativ guten Zustand befinde, weil er – in gewisser Distanz zu Belgrad – die wirtschaftliche Entwicklung in eigener Regie vorangetrieben habe. Nach der Reparatur des Heizkraftwerkes mit schweizerischer Hilfe, wofür er uns bestens dankte, sei sein Hauptanliegen der Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen mit Europa, damit die Produkte der Region, vor allem Früchte und Pilze, exportiert werden könnten. Ebenso seien Bankverbindungen beispielsweise zur

Schweiz nötig, was von ebenfalls anwesenden Bankvertretern näher erläutert wurde. Auf weitere humanitäre Hilfe sei demgegenüber seine Stadt nicht mehr angewiesen. Wir haben seine Anliegen an das seco weitergeleitet.

Schweizerische Hilfe effizient

Bei all unseren Kontakten konnten wir feststellen, dass die humanitäre Hilfe der Schweiz effizient geleistet und mit grosser Anerkennung und Dankbarkeit entgegengenommen wird. Über die entsprechende Organisation konnten wir uns durch Pius Rohner, den Koordinator der humanitären Hilfe, orientieren lassen. Auch der Empfang bei Botschafter Gaudenz Ruf, bei dem verschiedene schweizerische Akteure – Wahlbeobachter, NGOs und Pro Helvetia – zugegen waren, vermittelte uns weitere wertvolle Einblicke in das vielfältige Engagement der Schweiz in dieser Gegend und gab uns Gelegenheit, für diesen Einsatz unseren Dank auszusprechen. Die Informationsreise – auf eigene Kosten – wird uns bei unserer weiteren Arbeit, vor allem in der aussenpolitischen Kommission, wertvolle Impulse geben. ■



Peter Briner mit Bürgermeister Velja Jlic (Mitte) bei TV Cacak.



Im Gespräch mit Velja Jlic (rechts), dem Bürgermeister von Cacak.

Bilder: Georges Wüthrich, «Blick»

Uno – Diskussion nötig!

Heikle Fragen überzeugend beantworten statt ausklammern

Die Überraschung war 1986 gross. Trotz überwiegenden Ja-Parolen schmetterte das Volk den Uno-Beitritt mit 75% Nein-Stimmen ab. Insbesondere die spezielle Rolle der schweizerischen Neutralitätspolitik hielten viele für gefährdet. Auch Kreise, welche alles andere als der Igelmentalität zugeordnet werden können, haben in der Güterabwägung diese Zweifel stärker gewichtet. Im Zusammenhang mit der Präsentation der Uno-Botschaft konnte der Bundesrat von einer breiten Unterstützung im Rahmen der Vernehmlassung berichten. Auch die Meinungsumfragen verheissen eine bessere Ausgangslage.

Von FDP-Nationalrat Gerold Bührer, Thayngen (SH)

und der Einsatz von Blauhelmen sowie die Politik in Sachen Uno-Sanktionen.

Neutralitätserklärung begeben

Man kann sich zwar über den Stellenwert der Neutralitätspolitik streiten. Man kann, wie dies nach dem Ende des Kalten Krieges salonfähig wurde, die Neutralität auf den sogenannten Kerngehalt reduzieren. Tatsache bleibt hingegen, dass die bewaffnete Neutralität zu Recht in breiten Bevölkerungskreisen eine hohe Verankerung genießt. Davon ist in der Debatte über die Neutralität im Zusammenhang mit dem Uno-Beitritt auszugehen. Es ist dabei auch nicht damit getan, nur auf Österreich oder Schweden und Finnland als neutrale Uno-Mitglieder zu verweisen. Es muss vielmehr der Tatbeweis geliefert werden, dass sich punkto Neutralität de facto nichts ändern und dass zusammen mit dem Beitritts-gesuch eine Neutralitätserklärung beigegeben wird. Tatsache ist nämlich, dass sich die Schweiz eigentlich bereits



Gerold Bührer

seit Mitte der 60er Jahre den Uno-Sanktionen jeweils angeschlossen hat. Da sich unser Land allein schon aus Imagegründen und zur Wahrung der aussenpolitischen Interessen einen Alleingang bezüglich Terrorregimes nicht leisten kann, wird sich bezüglich Uno-Sanktionen keine Veränderung der bisherigen Neutralitätspolitik aufdrängen. Mit anderen Worten, der Bundesrat verfügt so oder so über ausreichenden Spielraum, um die Neutralität als Mittel zur Wahrung unserer Unabhängigkeit und Sicherheit optimal zu steuern. Losgelöst davon hat diese Form der Aussenpolitik immer auch eine nicht zu unterschätzende positive Rückkoppelung auf den nationalen Zusammenhalt unseres Landes gehabt. Einen weiteren heiklen Punkt stellen die friedenserhaltenden militärischen Operationen der Uno dar.

Zwar müsste unser Land bekanntlich finanziell einen höheren Beitrag leisten, eine Verpflichtung zur Mitbeteiligung an militärischen Operationen besteht jedoch nicht. Diesen Punkt gilt es nicht zuletzt auch mit Blick auf die anstehende Abstimmung zur Revision des Militärgesetzes klipp und klar festzuhalten. Denn, was würde sich besser zur Vernebelung eignen als das Zerrbild von bewaffneten Schweizer Soldaten an beliebigen Uno-Militäreinsätzen? Darüber hinaus wird es abstimmungspolitisch entscheidend sein, dass sich die Landesregierung zu einer zurückhaltenden Praxis bezüglich dieser neutralitätspolitischen Handlungsspielräume festlegt. Nicht nur abstimmungstaktische Erwägungen sprechen dafür, sondern auch der Respekt vor der vom Volk getragenen Neutralität.

Wahrung unserer eigenen Interessen

Nebst der Klarstellung dieser heiklen Fragen und der nüchternen, realpolitisch abgestützten Einstufung der Möglichkeiten der Uno generell muss die Debatte aber auch mehr denn je an der Wahrung unserer eigenen Interessen ansetzen. Ein Kritikum, das, aus welcher Zurückhaltung auch immer, in den vergangenen Jahren zu kurz gekommen ist. Wenn Bundesrat Deiss die Wahrnehmung der schweizerischen Interessen als einen zentralen Grund anführt, tut er gut daran, diesen Überlegungen auch in den kommenden Debatten genügend Gewicht einzuräumen. Denn, wie man auch immer die Leistung der Uno zugunsten von Frieden, Sicherheit und humanitärer Hilfe würdigt, ein weltpolitisches Forum erster Güte versammelt sich nun einmal unter dem Dach der Vereinten Nationen. Die Nutzung dieses Netzwerkes zugunsten aussenpolitischer und aussenwirtschaftlicher Anliegen ist letztlich in unserem ureigenen nationalen Interesse. Allein schon die Bedeutung des Uno-Sitzes Genf für unser Land macht diese Zusammenhänge deutlich. In den Auseinandersetzungen, die bis zur Abstimmung 2002 anstehen, sind daher nebst den neutralitätspolitischen Überlegungen auch diese mehr offensiven und eigenen Interessen dienenden Aspekte einzubringen. ■

Scheinbar hat sich das politische Umfeld seit dem Fall der Berliner Mauer und der Beendigung des Kalten Krieges zwischen den Supermächten zugunsten einer offenen Haltung in Sachen Uno verändert. Dazu kommt, dass die Rolle der Neutralen auch seitens der Uno ausdrücklich anerkannt worden ist und in jüngster Vergangenheit tendenziell an Bedeutung gewonnen hat.

All diesen positiven Vorzeichen zum Trotz tun wir gut daran, die Diskussion über einen Uno-Beitritt frühzeitig zu lancieren. Von daher ist es mit Blick auf die Volksabstimmung im Jahr 2002 zu begrüßen, dass die Landesregierung die Botschaft bereits jetzt vorgestellt hat. Es zeugt auch von politischem Realitäts-sinn, wenn die heiklen und das Volk wahrscheinlich auch diesmal bewegenden Fragen ins Zentrum gesetzt und nicht einfach beiseite geschoben werden. Dazu gehören zweifellos die Frage der Neutralität

Ohne Spannung fliesst kein Strom!

Nach der Behandlung des Elektrizitätsmarktgesetzes im Parlament

Während der Wintersession 2000 hat das eidgenössische Parlament die Behandlung des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) abgeschlossen. Dies ist ein wichtiger Meilenstein für die Öffnung des schweizerischen Elektrizitätsmarktes. Das EMG ist ein völlig neues Gesetz mit weitreichenden Folgen. Sein Erlass ist dringend, sowohl auf Grund der internationalen Entwicklung als auch in Folge der Eigendynamik, welche den schweizerischen Strommarkt erfasst hat. Gleichzeitig zeichnet sich ein Referendum gegen das EMG ab, das mit Argumenten zu bekämpfen sein wird. Angesichts dessen publiziert auch der FDP-Pressedienst den in der NZZ vom 9. Januar 2001 erschienenen Artikel.

Von FDP-Nationalrat
Hajo Leutenegger, Zug

In der Schweiz erschien 1995 der «Cattin-Bericht», welcher sich grundlegend mit dem Thema befasste. Der Bundesrat beauftragte 1997 das zuständige Departement UVEK, einen EMG-Entwurf auszuarbeiten. Dieser ging im Februar 1998 in die Vernehmlassung, im Juni 1999 veröffentlichte der Bundesrat seine Botschaft. Der Gesetzesentwurf sah als Schwerpunkte die funktionale Trennung von Erzeugung, Handel, Transport und Verteilung (Unbundling) und den freien Netzzugang (Third Party Access, TPA) vor. Dies führt dazu, dass die Verbraucher Energie beliebigenorts statt wie bisher nur bei der jeweiligen Netzbetreiberin kaufen können, letztere aber Energie auch für Dritte zu transportieren hat. Im Energiegeschäft entsteht damit Wettbewerb, Transport und Verteilung bleiben monopolisiert. Das Resultat der Ver-

nehmlassung war kontrovers, was erlaubte, den Entwurf neu aufzuarbeiten. Daraus entstand eine kompakte Gesetzesvorlage, welche dennoch viel Diskussionsstoff lieferte.

Hochspannung im Rat

Schon im Nationalrat kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zum Netzzugang, zur Betriebsform für das Höchstspannungsnetz (Netzgesellschaft) und um Grad und Tempo der Marktöffnung. Der Bundesrat konnte sich weitgehend durchsetzen. Es wurde mehr Unterstützung für die einheimische Energieproduktion gefordert und dazu ein Junktim zur Förderabgabe eingebracht, worüber am 24. September 2000 abzustimmen war. Der Ständerat verschob daraufhin seine Beratung bis zur Herbstsession. Er erhöhte dann die Marktzugangsquote für die Endverteiler und damit auch die Chance für die kleinen Verbraucher, von der Marktöffnung zu profitieren. Er erleichterte den Netzzugang für

dezentrale Produzenten, führte Instrumente zum Ausgleich unterschiedlicher Netzkosten und die Möglichkeit von Darlehen an Wasserkraftwerke ein, lehnte jedoch Transportvergünstigungen für Kleinproduzenten ab. In der Differenzvereinbarung blieb der erhöhte Marktzugang für Endverteiler bestehen, der Netzzugang wurde präzisiert, für Wasserkraft und Kleinkraftwerke fanden befristete Unterstützungsmöglichkeiten mit strengen Kriterien Eingang. Die Bereinigung erfolgte erst in der Einigungskonferenz beider Kommissionen, nachdem dies den beiden Räten vorher nicht gelungen war. Das Resultat darf als ausgewogen bezeichnet werden, wenn auch der freie Wettbewerb während der Übergangsfristen noch behindert und verzerrt wird. Das Gesetz sieht die völlige Marktöffnung erst nach sechs Jahren vor. Während dieser Frist liegt ein gespaltener Markt vor, was sich wiederum auf die Preisgestaltung auswirkt.

Besser als Verstaatlichung

Beim Netzbetrieb bewirkt das Gesetz mehr regulatorische Eingriffe, als dies bisher der Fall war. Die Schweiz wird (im Unterschied zu einzelnen andern Ländern) einen «regulated access» einführen. Die Netzbeneutzungsgebühren sind also nicht auszuhandeln, sondern werden nach vorgeschriebenen Kriterien festgelegt. Die Netzbetrei-



Hajo Leutenegger

berinnen haben den Zugang diskriminierungsfrei zu gewähren, die Bedingungen sind zu veröffentlichen. Dabei wird der Einspeisung auf unterer Netzebene Rechnung getragen (Art. 63), derart vermiedene Kosten bei den Übertragungsnetzen sind zu berücksichtigen. Die Kantone und allenfalls der Bundesrat können Massnahmen anordnen, um strukturbedingte Unterschiede bei den Netzkosten anzugleichen (Art. 65). Solar-, Wind- und Holzkraftwerke bis 1 MW Leistung (Wasserkraft bis 0,5 MW) können während 10 Jahren von Durchleitungskosten befreit werden (Art. 29), womit ihre Marktchancen verbessert werden. Alle aus Übernahme solcher Energie oder deren unentgeltlichen Durchleitung entstehenden Mehrkosten sollen über die Netzebühren für das Höchstspannungsnetz abgegolten werden (Art. 26.4), ungeachtet dessen, dass gerade diese Ausnahmefälle zu erhöhtem administrativem Aufwand führen. Die Netzbetreiberinnen haben

den einwandfreien Betrieb der Netze zu sichern und die notwendigen Dienstleistungen zu erbringen (Art. 10). Sie haben eine Anschlusspflicht (Art. 11), zudem während der Übergangsfrist eine Lieferpflicht gegenüber festen, noch nicht marktberechtigten Kunden (Art. 32). Der Bundesrat kann die Kennzeichnung von Elektrizität vorschreiben, was immer dies auch heissen mag. Das Höchstspannungsnetz wird von einer nationalen, nicht staatlichen Netzgesellschaft betrieben (Art. 8/9/31). Sie ist von den heutigen Überlandwerken zu gründen, welche ihre Netze einbringen. Bund und Kantone nehmen im Verwaltungsrat Einsitz, die Gesellschaft muss schweizerisch beherrscht sein. Diese Lösung ist zwar besser als die von verschiedenen Seiten geforderte Verstaatlichung. Andererseits ist festzuhalten, dass das Höchstspannungsnetz auch heute – unter der Leitung mehrerer Gesellschaften – bestens funktioniert. Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen werden den Rechnungslegungsvorschriften unterworfen (Art. 7), unterstehen der Preisüberwachung und betreffend Netzzugang einer zusätzlichen Schiedskommission (Art. 15–17). Zudem können sie zu Ausbildungsmaßnahmen für das Fachpersonal verpflichtet werden.

Fortsetzung auf Seite 15

Neuer Bundesgerichtspräsident

Hans Peter Walter – Höchster Schweizer Richter

Als der Emmentaler Vollblutjurist am 13. Dezember 2000 von der Bundesversammlung zum Bundesgerichtspräsidenten gewählt wurde, gab es kaum eine Zeitung in diesem Land, die Walter nicht schon gleichentags als den «unbestritten Gewählten» vorstellte.



Die St. Galler Nationalrätin Milli Wittenwiler wünscht dem Ehepaar Walter alles Gute für die Zukunft.

Bild: rus

rus. In den kommenden zwei Jahren wird das Bundesgericht von Hans Peter Walter präsiert. Selbstverantwortung ist ein uner-schütterlicher Eckpfeiler im Denken des FDP-Man-nes. Allein der optische Eindruck hinterlässt das Bild, dass Walter mit bei-den Beinen auf dem Boden

steht. In Burgdorf aufge-wachsen, hat der Umgang mit Land und Leuten sein Verständnis für Recht und

Ordnung geprägt. «Wenn ein Bauer die Jauchegrube offen lässt und ein anderer hineinfällt, ist es auf dem

Land klar, dass dieser selber schuld ist. Wenn ein Städter reinfällt, will dieser Schadenersatz.» Bei die-

ser Aussage erinnert sich jeder liberale Mensch gerne an einen alten Wahl-slogan der FDP Schweiz: «Mehr Selbstverantwor-tung – weniger Staat».

Umgang mit der Politik

Zu seiner Erfahrung aus der Zeit als Anwalt und Poli-tiker im Stadtberner Par-lament sagte der 56-Jährige: «Im Umgang mit Bundesrat und Parlament hat sich das Bundesge-richt manchmal eher wie ein Verwaltungszweig be-nommen als wie die dritte Gewalt. Wir müssen un-sere Anliegen und Meinun-gen zu Projekten, welche die Justiz betreffen, selb-ständig und konsequent vertreten.»

Der «Freisinn» wünscht Hans Peter Walter an der Spitze des Bundesgerich-tes in Lausanne alles Gute. ■

Fortsetzung von Seite 14

Öffnung in drei Schritten

Der Markt soll in drei Schritten geöffnet werden. Mit Inkraftsetzung des Ge-setzes erhalten Verbrau-cher mit über 20 Millionen kWh Jahresverbrauch freien Zugang zum Markt, die Endverteiler können 20% ihres Absatzes frei einkaufen. Nach drei Jah-ren wird die Gross-verbraucherschwelle auf 10 Millionen kWh gesenkt und das Zugangsvolumen für die Endverteiler auf 40% erhöht. Diese heftig umkämpften Werte sind im Lichte des effektiven Marktes zu sehen. Die we-nigen Grosskunden beider Stufen verfügen längst

über neue, wettbewerbs-fähige Bezugsverträge, während die Endverteiler mit diesen Einkaufsquoten in die Lage kommen, Energie günstiger zu beschaf-fen (Art. 27). Die dabei erzielten Vorteile sind den Kleinverbrauchern weiter-zugeben (Art. 321c). So-fort zum Markt zugelassen sind Kleinproduzenten mit Anlagen bis zu 1 MW Lei-stung aus erneuerbaren Energiequellen. Den Was-serkraftwerken kann der Bund während 10 Jahren mit Darlehen unter die Arme greifen, um Amorti-sationen oder Erneuerun-gen zu ermöglichen (Art. 28). Dies ist einem freien Wettbewerb kaum förder-lich, immerhin wider-spricht die verzinsliche Darlehenslösung nicht

dem Abstimmungsergebnis vom 24. September, als jegliche Subventionen abge-lehnt wurden. Zudem müs-sen bei Erneuerungen betrieblich wie ökologisch erhebliche Verbesserungen sichergestellt sein. Die vom Parlament verabschiedete Fassung stellt einen Kompromiss unter-schiedlichster Forderun-gen dar. Trotzdem birgt das EMG noch erhebliches Streitpotenzial, für Span-nung ist weiterhin gesorgt. Der EMG-Fahrplan wurde durch die Energieabstim-mungen um mindestens ein halbes Jahr verzögert, was zumindest zusätzliche Abschreibungen ermög-lichte. Noch ist offen, ob und von wem ein Referen-dum ergriffen wird. Ein sol-

ches könnte die faktische Marktöffnung nicht aufhal-ten, würde hingegen deren dringende Regelung behin-dern. Ungeachtet dessen ist auf Verordnungsebene noch Schwerarbeit zu lei-sten. Hierzu haben Verwal-tung und Branche bereits wertvolle Vorleistungen er-bracht, der Schlussspurt steht aber noch aus. Die Anwendung des EMG wird zeigen, dass im zusätz-lich regulierten Netzbereich wesentlich mehr Admini-stration anfällt als bisher, abgesehen von den noch für viele Netzbetreiberin-nen ungewohnten Markt-bemühungen. Die Markt-öffnung schafft somit nicht nur neue Regulie-rungsebenen, sie führt auch zu Konzentrations-druck.

Dem Ziel näher gekommen

Die Entwicklung des EMG hat dreieinhalb Jahre be-anspruchst. Die Schweiz liegt weder bezüglich Marktöffnungszeitpunkt noch mit der Marktöff-nungsgeschwindigkeit an der Spitze. Das EMG trägt aber der Versorgungsstruk-tur unseres Landes Rech-nung, ohne deren Erhal-tung zu zementieren. Dem Ziel, unserer Wirtschaft und damit unserem Land zu einer wettbewerbsfä-higen Versorgung mit elek-trischer Energie zu verhelfen, ist man zweifellos näher gekommen. ■

Ständeratspräsidentin 2000/01

Françoise Saudan an der Spitze der kleinen Kammer

Seit November 1995 ist die Genfer Betriebswirtschaftlerin Françoise Saudan Mitglied des Ständerates. Wir von den FDP-Frauen Schweiz gratulieren unserer Genfer Parteikollegin und wünschen ihr ein

erfolgreiches Präsidialjahr. Hier einige Fixdaten aus dem reichen Leben der zweifachen Mutter:

Geboren:

- 9. November 1939 in Lyon (Frankreich)

Bürgerort:

- Martigny VS

Wohnort:

- Chêne-Bougeries GE

Zivilstand:

- Verheiratet, 2 Kinder

Ausbildung:

- Gymnasium
- Universität Genf

Berufliche Tätigkeiten:

- Geschäftsführerin bei der SBG
- Assistentin an der Uni Genf
- Verwalterin in Familienunternehmen

Diplome:

- Wirtschaftslizenziat (Betriebswirtschaft)
- Rechtslizenziat

Kommissionen:

- GPK, APK, SGK, VD, BeK

Politische Mandate:

- 1991–1994 Gemeinderätin von Chêne-Bougeries
- 1985–1995 Mitglied des Genfer Grossen Rates
- 1985–1988 Präsidentin der FDP Genf
- 1999/2000 1. Vizepräsidentin des Ständerates



Inmitten ihrer Kantonaldelegierten verfolgte Françoise Saudan an der DV in Olten die Diskussion um die EU-Ja-Initiative.

Bild: rus

Büchertipp

Tabuthema Abtreibung

Im Paul-Haupt-Verlag Bern ist ein neues Sachbuch erschienen: «Tabuthema Abtreibung». Wie die Autorin des Buches auf der Frankfurter Buchmesse selber miterleben konnte, ist das

Thema leider noch immer ein wirkliches Tabu. Es ist ihr ein grosses Anliegen, dass dieses so frauenspezifische Thema endlich offen angesprochen wird. Wenn sie bedenke,

dass jede dritte Frau in der Schweiz statistisch gesehen einmal in ihrem Leben davon betroffen sei, dürfe der Schwangerschaftsabbruch einfach kein Tabuthema mehr bleiben. ■

Mitarbeit erwünscht

Es ist immer wieder spannend, die Frauenseite im «Freisinn» zu gestalten. Aus diesem Grunde würde ich mich freuen, wenn ich auch Beiträge aus den Kantonen erhalten würde.

Nur so ist es möglich, dass wir gute Ideen aus anderen Kantonen aufnehmen und diese im eigenen Kanton umsetzen können. Das Rad muss ja nicht immer neu erfunden werden.

Ich freue mich auf Eure Beiträge.

Andrea R. Trümpy
Burgstrasse 1
Postfach
8750 Glarus
Tel. P (055) 640 19 36
Tel. G (01) 287 15 05

Anzeige

allreal

renovation
umbau

Als Ihr Partner realisieren wir Ihr Renovations- oder Umbauvorhaben. Kleinere und grosse Liegenschaften aller Art. Dank unserer langjährigen Erfahrung sichern wir Ihnen ein sehr gutes Preis-Leistungs-Verhältnis. Auf offene Abrechnung oder pauschal. Rufen Sie uns an!

Allreal Generalunternehmung AG
Birchstrasse 117, 8050 Zürich
T 01-319 11 11, Herr Peter Jaeggi
F 01-319 11 12, www.allreal.ch

Wettbewerbsauflösung

Veux-tu couchepin...

In der letzten «Freisinn»-Nummer fragten wir Sie, was Bundesrat Pascal Couchepin zur Glarner Regierungsrätin Marianne Dürst anlässlich der Delegiertenversammlung in Glarus gesagt haben könnte. Das Wortspiel mit dem bundesrätlichen Nachnamen und die markanten Gesichtszüge unseres Bundesrates veranlassten die Leserinnen und Leser, zur Feder zu greifen.

rus. Zu gewinnen gab es wiederum ein FDP-Foulard oder ein FDP-Portefeuille. Bundesrat Couchepin und Regierungsrätin Dürst haben – wegen ihres Bekanntheitsgrades – dazu beigetragen, dass aussergewöhnlich viele Frauen und Männer zur Feder griffen, um Pascal Couchepin einen träfen Satz in den Mund zu legen.

Prämiert wurden folgende Antworten:

Veux-tu couchepin avec moi, oder hast Du sonst noch etwas vor?

Von Markus Beer,
Jurastrasse 19, 3063 Ittigen

Eh, voyez Madame, mon nez est encore plus grand que le votre.

Heinrich Strauss, Im Sonnenfeld 10a, 8590 Romanshorn

Was heisst «Schabziger» auf Französisch?

Felix Auer, 4103 Bottmingen
(Trostpreis: 1 FDP-Feuerzeug, damit Felix seine Pfeife anzünden kann)



Fraktionsmotion E-Switzerland

Bilanz der Ergebnisse aus Sicht der FDP

FDP. Im ersten Halbjahr des letzten Jahres hat die Fraktion der FDP Schweiz eine Fraktionsmotion eingereicht, in der der Bund aufgefordert wird, endlich vorwärtzumachen mit der Realisierung eines standortfördernden E-Switzerland. Die Motion beinhaltet zehn Kernforderungen sowohl für den bildungspolitischen als auch den staatspolitischen Bereich. Die FDP forderte den Bundesrat auf, bis Ende 2000 die entsprechenden Massnahmen, Zeitplan und Mittel bereitzustellen, damit der Standort Schweiz gegenüber anderen Staaten nicht ins Hintertreffen gerät.

Nachdem sich der Bundesrat bereit erklärt hatte, die Motion als Postulat entgegenzunehmen, haben sowohl der Ständerat als auch der Nationalrat den Vorstoss in der Herbstses-

sion 2000 in dieser Form überwiesen. Die in der Motion gesetzte Frist ist nun abgelaufen. Zeit, die Fortschritte zu begutachten. Es ist unbestreitbar, dass die Forderungen der FDP

gewisse Handlungen ausgelöst haben. So hat der Bundesrat in einigen der zehn Kernforderungen endlich vorwärtsgemacht und nun für 2001 erstmals auch ein Budget gesprochen (vor allem im Bereich E-Government und E-Voting). Im bildungspolitischen Bereich sind wir aber noch immer in der Planphase. So ist ein Aktionsplan zur Verhinderung einer digitalen Spaltung (Programm für bildungsferne Schichten) im Rahmen des Berichts zur Verwendung der Nationalbankgoldreserven erarbeitet worden. Dessen Realisie-

rung ist allerdings ebenso offen, wie dies mit dem nun in einem public-private-Partnership angestrebten Projekt «Schulen ans Netz» inkl. «Lehrerfortbildung» (noch) der Fall ist. Auch ist zu prüfen, ob Ende 2001 wirklich der versprochene «Guichet virtuel» bereitsteht und das Projekt «E-Voting» Ende 2003, wie von der FDP gewünscht, realisiert ist.

In diesem Zusammenhang nimmt die FDP mit Erstaunen zur Kenntnis, dass der für den Oktober 2000 versprochene Entwurf zur digitalen Signatur nun erst jetzt in diesen Tagen in die

Vernehmlassung geschickt worden ist. Dieses für die FDP prioritäre Projekt muss nun ohne weitere Verzögerung durchgezogen werden.

Die FDP nimmt sich auch 2001 intensiv diesem Thema an. An der am 23. Juni stattfindenden E-Themen-Tagung zur Informationsgesellschaft wird die FDP beispielsweise gemeinsam mit allen interessierten Schweizerinnen und Schweizern, u. a. auch vorab über Internet, eine liberale Vision der zukünftigen Schweiz im Informationszeitalter entwerfen und verabschieden. ■

Ständeratspräsidentin 2000/01

Françoise Saudan an der Spitze der kleinen Kammer

Seit November 1995 ist die Genfer Betriebswirtschafterin Françoise Saudan Mitglied des Ständerates. Wir von den FDP-Frauen Schweiz gratulieren unserer Genfer Parteikollegin und wünschen ihr ein

erfolgreiches Präsidentschaftsjahr. Hier einige Fixdaten aus dem reichen Leben der zweifachen Mutter:

Geboren:
■ 9. November 1939 in Lyon (Frankreich)

Bürgerort:
■ Martigny VS

Wohnort:
■ Chêne-Bougeries GE

Zivilstand:
■ Verheiratet, 2 Kinder

Ausbildung:
■ Gymnasium
■ Universität Genf

Berufliche Tätigkeiten:
■ Geschäftsführerin bei der SBG
■ Assistentin an der Uni Genf
■ Verwalterin in Familienunternehmen

Diplome:
■ Wirtschaftslizenziat (Betriebswirtschaft)
■ Rechtslizenziat

Kommissionen:
■ GPK, APK, SGK, VD, BeK

Politische Mandate:
■ 1991–1994 Gemeinderätin von Chêne-Bougeries
■ 1985–1995 Mitglied des Genfer Grossen Rates
■ 1985–1988 Präsidentin der FDP Genf
■ 1999/2000 1. Vizepräsidentin des Ständerates



Inmitten ihrer Kantonaldelegierten verfolgte Françoise Saudan an der DV in Olten die Diskussion um die EU-Ja-Initiative.

Bild: rus

Büchertipp

Tabuthema Abtreibung

Im Paul-Haupt-Verlag Bern ist ein neues Sachbuch erschienen: «Tabuthema Abtreibung». Wie die Autorin des Buches auf der Frankfurter Buchmesse selber miterleben konnte, ist das

Thema leider noch immer ein wirkliches Tabu. Es ist ihr ein grosses Anliegen, dass dieses so frauenspezifische Thema endlich offen angesprochen wird. Wenn sie bedenke,

dass jede dritte Frau in der Schweiz statistisch gesehen einmal in ihrem Leben davon betroffen sei, dürfe der Schwangerschaftsabbruch einfach kein Tabuthema mehr bleiben. ■

Mitarbeit erwünscht

Es ist immer wieder spannend, die Frauenseite im «Freisinn» zu gestalten. Aus diesem Grunde würde ich mich freuen, wenn ich auch Beiträge aus den Kantonen erhalten würde.

Nur so ist es möglich, dass wir gute Ideen aus anderen Kantonen aufnehmen und diese im eigenen Kanton umsetzen können. Das Rad muss ja nicht immer neu erfunden werden.

Ich freue mich auf Eure Beiträge.

Andrea R. Trümpy
Burgstrasse 1
Postfach
8750 Glarus
Tel. P (055) 640 19 36
Tel. G (01) 287 15 05

Anzeige

allreal

renovation umbau

Als Ihr Partner realisieren wir Ihr Renovations- oder Umbauvorhaben. Kleinere und grosse Liegen-schaften aller Art. Dank unserer langjährigen Erfahrung sichern wir Ihnen ein sehr gutes Preis-Leistungs-Verhältnis. Auf offene Abrechnung oder pauschal. Rufen Sie uns an!

Allreal Generalunternehmung AG
Birchstrasse 117, 8050 Zürich
T 01-319 11 11, Herr Peter Jaeggi
F 01-319 11 12, www.allreal.ch

Wettbewerbsauflösung

Veux-tu couchepin...

In der letzten «Freisinn»-Nummer fragten wir Sie, was Bundesrat Pascal Couchepin zur Glarner Regierungsrätin Marianne Dürst anlässlich der Delegiertenversammlung in Glarus gesagt haben könnte. Das Wortspiel mit dem bundesrätlichen Nachnamen und die markanten Gesichtszüge unseres Bundesrates veranlassten die Leserinnen und Leser, zur Feder zu greifen.

Zu gewinnen gab es wiederum ein FDP-Foulard oder ein FDP-Portefeuille. Bundesrat Couchepin und Regierungsrätin Dürst haben – wegen ihres Bekanntheitsgrades – dazu beigetragen, dass aussergewöhnlich viele Frauen und Männer zur Feder griffen, um Pascal Couchepin einen träfen Satz in den Mund zu legen.

Prämiert wurden folgende Antworten:

*Veux-tu couchepin avec moi,
oder hast Du sonst noch etwas vor?*

Von Markus Beer,
Jurastrasse 19, 3063 Ittigen

*Eh, voyez Madame, mon nez
est encore plus grand que le votre.*

Heinrich Strauss, Im Sonnenfeld 10a, 8590 Romanshorn

*Was heisst «Schabziger»
auf Französisch?*

Felix Auer, 4103 Bottmingen
(Trostpreis: 1 FDP-Feuerzeug, damit Felix seine Pfeife anzünden kann) ■



Fraktionsmotion E-Schweiz

Bilanz der Ergebnisse aus Sicht der FDP

FDP. Im ersten Halbjahr des letzten Jahres hat die Fraktion der FDP Schweiz eine Fraktionsmotion eingereicht, in der der Bund aufgefordert wird, endlich vorwärtszumachen mit der Realisierung eines standortfördernden E-Schweiz. Die Motion beinhaltet zehn Kernforderungen sowohl für den bildungspolitischen als auch den staatspolitischen Bereich. Die FDP forderte den Bundesrat auf, bis Ende 2000 die entsprechenden Massnahmen, Zeitplan und Mittel bereitzustellen, damit der Standort Schweiz gegenüber anderen Staaten nicht ins Hintertreffen gerät.

Nachdem sich der Bundesrat bereit erklärt hatte, die Motion als Postulat entgegenzunehmen, haben sowohl der Ständerat als auch der Nationalrat den Vorstoss in der Herbstses-

sion 2000 in dieser Form überwiesen. Die in der Motion gesetzte Frist ist nun abgelaufen. Zeit, die Fortschritte zu begutachten. Es ist unbestreitbar, dass die Forderungen der FDP

gewisse Handlungen ausgelöst haben. So hat der Bundesrat in einigen der zehn Kernforderungen endlich vorwärtsgemacht und nun für 2001 erstmals auch ein Budget gesprochen (vor allem im Bereich E-Government und E-Voting). Im bildungspolitischen Bereich sind wir aber noch immer in der Planphase. So ist ein Aktionsplan zur Verhinderung einer digitalen Spaltung (Programm für bildungsferne Schichten) im Rahmen des Berichts zur Verwendung der Nationalbankgoldreserven erarbeitet worden. Dessen Realisie-

rung ist allerdings ebenso offen, wie dies mit dem nun in einem public-private-Partnership angestrebten Projekt «Schulen ans Netz» inkl. «Lehrerfortbildung» (noch) der Fall ist. Auch ist zu prüfen, ob Ende 2001 wirklich der versprochene «Guichet virtuel» bereitsteht und das Projekt «E-Voting» Ende 2003, wie von der FDP gewünscht, realisiert ist.

In diesem Zusammenhang nimmt die FDP mit Erstaunen zur Kenntnis, dass der für den Oktober 2000 versprochene Entwurf zur digitalen Signatur nun erst jetzt in diesen Tagen in die

Vernehmlassung geschickt worden ist. Dieses für die FDP prioritäre Projekt muss nun ohne weitere Verzögerung durchgezogen werden.

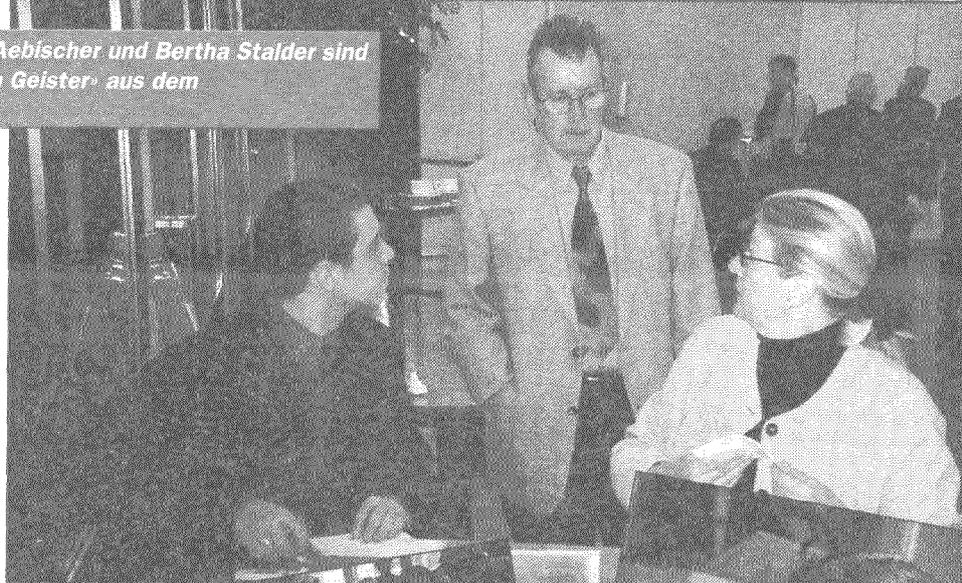
Die FDP nimmt sich auch 2001 intensiv diesem Thema an. An der am 23. Juni stattfindenden E-Themen-Tagung zur Informationsgesellschaft wird die FDP beispielsweise gemeinsam mit allen interessierten Schweizerinnen und Schweizern, u. a. auch vorab über Internet, eine liberale Vision der zukünftigen Schweiz im Informationszeitalter entwerfen und verabschieden. ■

Die Geschäftsführerin der FDP Solothurn, Käthi Bieri, Nationalrat Ruedi Steiner und der Oltnen Stadtpräsident, Ernst Zingg, konnten stolz sein über die gut gelungene DV.



Der Genfer Nationalrat John Dupraz macht sich offensichtlich schon Überlegungen, wie der April-Parteitag in Genf gestaltet werden könnte.

André Ezzema, Erwin Aebischer und Bertha Stalder sind an jeder DV die «guten Geister» aus dem Generalsekretariat.



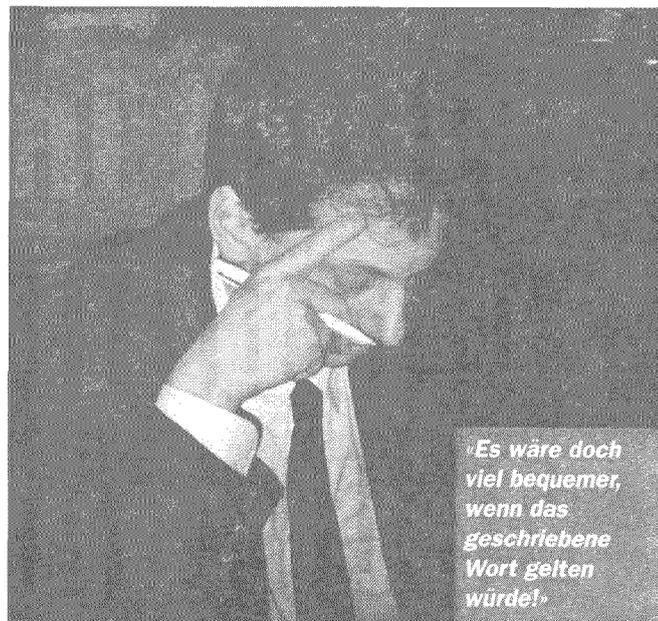
Als ehemaliger Generalsekretär fühlt sich Johannes Matyassy immer noch wohl zwischen Bundeskanzlerin Annemarie Huber und Bundesrat Pascal Couchepin.



Ständerat Thomas Pfisterer, so wie wir ihn kennen: «Einsatz mit Händen und...»

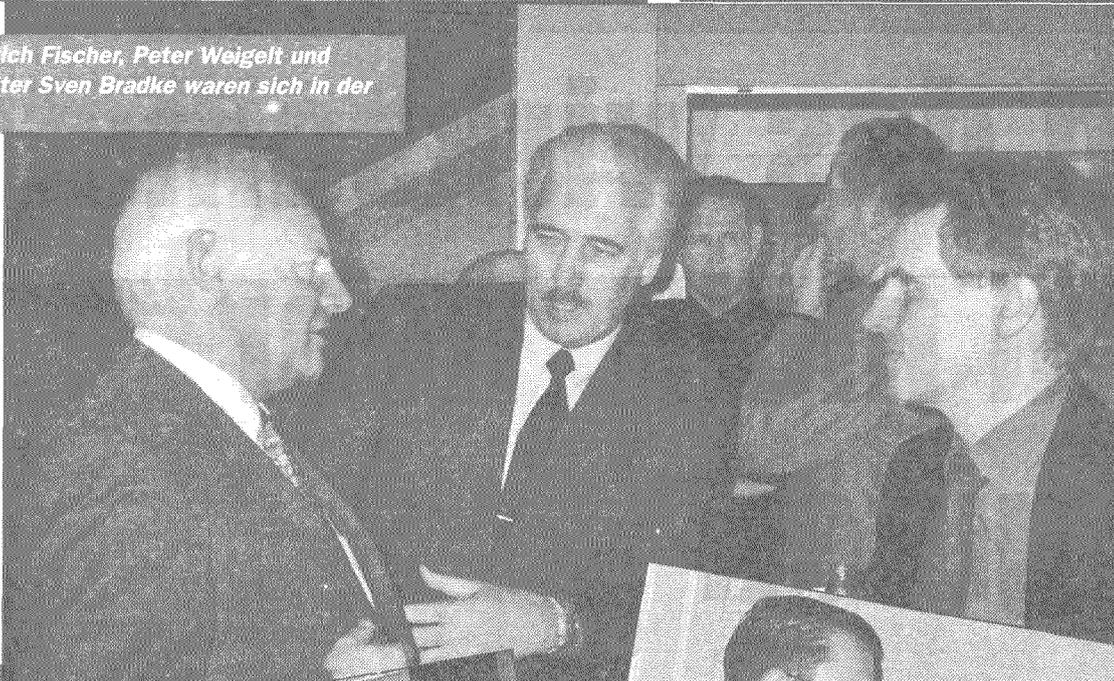


Der Zürcher Nationalrat Felix Gutzwiller hatte keine Mühe, zu «seinem» Positionspapier «Gesundheitspolitik» ein Ja zu erhalten.

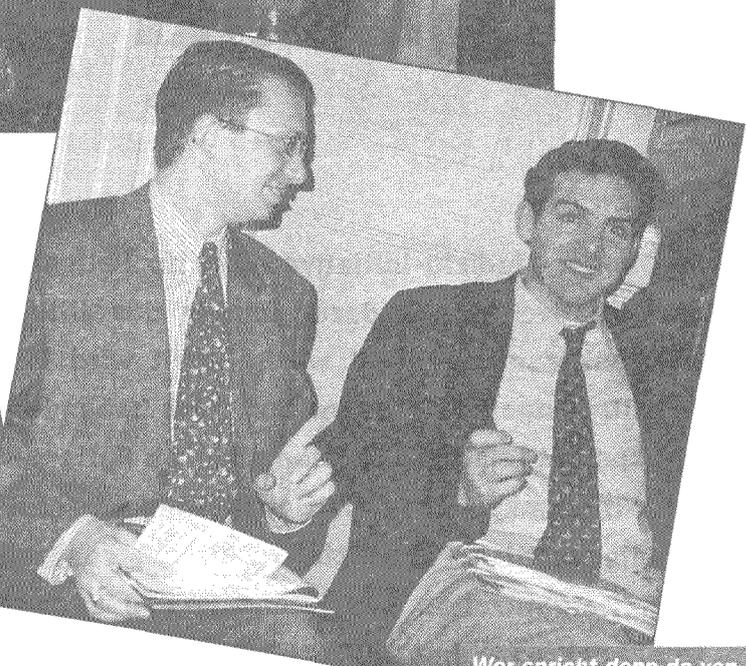


Es wäre doch viel bequemer, wenn das geschriebene Wort gelten würde!

Die Nationalräte Ulrich Fischer, Peter Weigelt und Mediapolis-Mitarbeiter Sven Bradke waren sich in der EU-Frage einig.



Tessiner und Uner Delegierte waren für einmal nicht durch das Gotthard-Massiv getrennt.



Wer spricht denn da von Hinterbänklern?

Fotos: rus

Denner-Initiative zwingt immer zum billigsten Medikament

und das wirksamste wird nicht mehr vergütet.

Die Denner-Medizin-Initiative führt für Patientinnen und Patienten zu einem medizinischen Rückschritt. Die Initiative zwingt dazu, immer das Billigst-Produkt abzugeben, da nur noch dieses von den Krankenkassen vergütet wird. Damit wird in der Schweiz die Zweiklassen-Medizin eingeführt, denn nur Wohlhabende können sich das wirksamste Medikament leisten. Bei allen anderen Patienten würden nicht mehr Sicherheit und Wirksamkeit über die Behandlung entscheiden. Die Initiative schafft nicht nur die ärztliche Therapiefreiheit ab, sondern zerstört auch die Schweizer Heilmittelkontrolle. Mindestens 36'000 zusätzliche Produkte aus dem Ausland könnten ohne eigene Kontrolle in der Schweiz verkauft werden.

